

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 11 (1921)
Heft: 7

Artikel: Vor den neuen Konferenzen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-635135>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vor den neuen Konferenzen.

Man rüstet sich in London weniger feierlich zum Empfang der verschiedenen Delegationen, die da kommen sollen, als seinerzeit in Genf, bevor das Weltparlament zusammentrat. England spaut die Dinge vom Standpunkt seiner eigenen Interessen an, und die gebieten ihm augenblicklich, den Angelegenheiten im eigenen Hause ebenso viel Beachtung zu schenken wie den griechisch-türkischen und den deutsch-französischen Scherereien; es findet für die großen Streitfragen in Mitteleuropa und im Baltikum ungefähr so viel Zeit wie ein Geschäftsmann zur Betrachtung von fremden Konkursen, in welchen er selber einige halb verlorene Forderungen stecken hat. Die Sanierung des eigenen gefährdeten Betriebes wird ihm unter diesen Umständen wichtiger.

Unter der Asche wütet der Brand in Indien, wühlt der Bolschewismus und Kemals Agitation in Mesopotamien, Ägypten und Persien. In Rußland gähmt das Feuer des fanatisierten Aufstandes und der militärischen Repressalien in Irland. Junge Mädchen mit Handgranaten werden von der Soldatesca aufgetrieben und vor Kriegsgericht geschleppt; Panzerwagenschwärme überjahren Dorfschaften, säubern die Gehöfte von Sinnfein-Führern ein; Sinnfein mordet weiter ohne Erbarmen und ein Wunder ist es, daß die Attentäter den Weg nach London nicht gefunden und die Regierungshäupter nicht angegriffen haben.

Die Homerule-Bill, welche das Land beruhigen sollte, bleibt unter den gegenwärtigen Umständen bei der Kommission des Unterhauses liegen; die Unionisten der Grafschaft Ulster erklären, sich niemals einem irischen Regiment beugen zu wollen; die Iren wollen keine Homerule ohne Ulster. Wenn wirklich der „Präsident der irischen Republik“, de Valera, mit Lloyd George unterhandeln sollte, so wäre trotzdem keine Aussicht auf Einigung vorhanden, solange Irland nicht auf seine Ansprüche: Volle Souveränität — verzichtet. England kann, solange der Völkerbund nicht die Wiederkehr der Kriege für immer verhindert, wohl den Abfall Kanadas und die langsame „Abgliederung“ der Kolonien ertragen, nicht aber die Existenz eines kleinen Staates in seiner nächsten Meerflanke — eines Staates, der von Natur zum Feind Englands bestimmt scheint.

Oder wäre es möglich, daß England mit einem souveränen, großenteils englisch sprechenden irischen Volk in ein Schutzbündnis treten und gesicherter leben würde, als mit dem Bleigewicht des unterjochten Land an seinem Leibe? Der Staatsmann, der dies Problem löst, ist in England nicht vorhanden, oder — seine Zeit ist noch nicht gekommen!

Nicht gekommen ist auch der Führer, der mit großzügigen Reformen dem Krebsübel der Epoche, der immer wiederkehrenden Absatzkrisis, auf den Leib rückt. Die britischen Inseln zählen zur Stunde 1,108,000 Arbeitslose. Kein anderes Reich der Welt wäre so leicht wie England imstande, die Produktion auf die Bedürfnisse seiner verschiedenen Gliedstaaten einzustellen. Aber in keinem andern Reiche als im britischen hat sich die Wirtschaft derart autonom die staatliche Bevormundung vom Leibe zu halten und ein eigenes abgeschlossenes Leben zu erhalten gewußt, ein Leben, das nun zwischen Krisen und Konjunkturen schwankt, starken Individuen bald in Konkurszeiten, bald in Preispekulationszeiten Gelegenheit zum Aufstieg gibt und die Masse zur Arbeit und zum Hoffen auf Lohnsteigerung oder Preisabbau verurteilt. Das Bild ist hundertjährig und älter. Das Regulativ der Schutzzölle hat nicht oder kaum in diese Wirtschaftsfreiheit eingegriffen. Die Fabrikgesetze älteren und neueren Datums dienen zur Schonung des Arbeitermaterials; der Staat zum Schutz dieser Wirtschaftsfreiheit und nicht die Wirtschaft dem Staate; in solcher Gestalt ist der englische Gesellschaftsorganismus in den Krieg und in die gegenwärtige größte Krisis hineingewachsen, steht

mitten drin und sieht die ganze eigene Tradition im Wege, die zur Besserung führen sollte.

Das Problem der Gegenwart ist dieses: Die Kolonien und die Dominions Englands haben volle Freiheit ihre Bedürfnisse zu beziehen, wogegen sie wollen. England hat keine Wertbegünstigung, wenn es diese nicht durch das vortheilhafteste Angebot erlangt. Von jeher hatten die Kolonien mehr Bedeutung als Rohstofflieferanten denn als Abnehmer für Industrieprodukte. Hauptabnehmer war vielmehr der ganze europäische Kontinent, war Südamerika, die Union, das östliche Afrika und im Austausch die Union.

Nun stehen in all diesen Absatzgebieten Englands, die durchaus nicht nach seiner Preise rufen und auf seinen Befehl ihre Grenzen öffnen oder sperren, die valutaschwachen Ländern als Konkurrenten da. Der glücklichste der Konkurrenten ist das besiegte Deutschland; der zweite das ruinierte Frankreich. England erlebt, was vor einem halben Jahr die Union erlebte: Der Reiche wird arm; der Arme wird reich. Der Engländer hat viel besseres Geld — im Ausland nämlich — aber im Inland teure Waren — die er im Ausland nicht absetzen kann.

Dieser beängstigende Umstand hat in England veranlaßt, Schutzzölle für den eigenen Boden einzuführen. „Anti-Dumping-Bill“ lautet der Name der Gezeke — ominöse Bezeichnung. Denn Dumping bedeutet in der Auffassung des Handels so viel wie Unterbietung zu Schundpreisen. Die deutschen Angebote werden ohne weiteres wie vor dem Krieg als Schmutzkonkurrenz gebrandmarkt. Gerade so viel Verständnis hat der durchschnittliche Engländer von dem Prozeß, der den Weltverkehr umstürzt.

Bedenkt man diesen psychologischen Zustand des Engländer, so versteht man, weshalb Loucheur in Paris seinen Standpunkt so rein durchgesetzt hat. Die bloße Tatsache, daß Deutschland riesige Exportgeschäfte machte, das Uebersehen der ungeheuren Importschwierigkeiten veranlaßte die Festsetzung des halbjahrhundertjährigen Triou'es. Was Lloyd George seither in Birmingham vor großem Publikum über die Ergebnisse von Paris mitteilte, enthält im wesentlichen die Bestätigung dieser Auffassung. Sie heißt einfach: Deutschland soll bezahlen, denn es kann. Es soll auch nicht in Waren bezahlen, sondern in Geld; denn — und das ist sehr wichtig — Frankreich hat selber Waren, um das Wiederaufbaugelände zu beliefern. Die Feststellung enthüllt erst, welchen Einfluß die Absatzkrisis auf den Gang der Pariser Verhandlungen ausübte. Vom Projekt Gendoux, Deutschland habe einen Teil der Schuld in Gold, einen andern in Gegenständen zu leisten — keine Rede mehr.

Nun, auch die Deutschen haben sich geäußert. Simons sprach im Reichstag, sprach in Stuttgart. Die Entente werde sich über die deutschen Gegenvorschläge verwundern. Möglich, aber das wird Deutschland so wenig nützen wie der alldeutsche und demokratische Proteststurm und das Sträuben Bayerns, seine Wehr zu entwarfeln. So wie endlich die Regierung von Kahr „unter Ablehnung der Verantwortung“ der Reichsregierung den Auftrag gab, seine Truppe aufzulösen, so wird die Delegation in London die Verantwortung ablehnen und das Diktat annehmen.

Das wird in Deutschland eine noch straffere Heranbildung der wirtschaftlichen Konzerne, eine noch größere Schröpfung der Zinsgewinne, eine Entwertung der Mark um $\frac{1}{8}$ bis zur Möglichkeit neuerlicher Exportes, nach der Schröpfung um $12\frac{1}{2}\%$ Exportsteuer pro Paris, eine noch sorgfältigere Sichtung der erlaubten Importe und damit die rasche soziale Umbildung herbeiführen. Unwiderstehlich drängt die Entente Deutschland sozial an die Seite Rußlands: Als Land mit staatlich geleiteter und planwirtschaftlich organisierter Wirtschaft wird es in allen Ländern mit autonomer Wirtschaft das Dumping ausüben, auch im nahen griechisch-türkischen Osten, den die Entente in London neu zu verteilen haben wird.